

## **Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik – Mehr Mittel, mehr Wachstumsorientierung, mehr Kooperation mit den Partnern**

### **1. Ausgangslage**

Deutschland erlebt, 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wieder einen Flüchtlingszustrom. Allerdings sind diese Flüchtlinge keine Deutschen wie 1944 und 1945, sondern stammen von anderen Nationen. Ende des Jahres 2016 waren 65,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht<sup>1</sup>. Etliche von diesen werden den Weg nach Europa und Deutschland finden.

Zusätzlich zu den Flüchtlingen aus Krisengebieten gibt es eine Armutseinwanderung nach Deutschland. Auch diese Menschen kommen von weit entlegenen Ländern. Diese Gruppe der Einwanderer umfasst besonders die 1,2 Mrd. Menschen, die mit maximal 1,25 US \$ pro Tag für ihre Lebensbedürfnisse auskommen müssen<sup>2</sup>.

Den Herausforderungen dieser Einwanderungsströme muss sich Deutschland stellen.

Das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern der Dritten Welt und Europa führt zu einem Sog in Richtung Europa. Die Zuwanderer werden zudem ohne Gegenleistung vom deutschen Staat versorgt. Dies ist ein weiterer starker Anreiz und erhöht die Einwanderungszahl.

Der Einwanderungsdruck wird zudem durch die rasante Bevölkerungszunahme in der Dritten Welt und vor allem auf dem afrikanischen Kontinent erhöht. Es wird geschätzt, dass die Bevölkerung Afrikas sich von heute etwa 1,25 Mrd. auf 2.5 Mrd. im Jahre 2050 verdoppeln wird<sup>3</sup>. Dies wird zu einem Massenansturm auf Europa und Deutschland führen.

Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands wäre dann schnell erschöpft. Bereits jetzt macht die hohe Zahl von etwa 1,5 Millionen Asylsuchenden Deutschland zu schaffen. Die Ursache hierfür ist die Einladung an diesen Personenkreis durch die Bundeskanzlerin Frau Merkel und die Öffnung der deutschen Grenzen durch die Bundesregierung. Dahinter stehen unter anderem die Ideologie und Politik der Abschaffung des Nationalismus und des Nationalstaates. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, dass die Welt nach Beseitigung der Nationalstaaten friedlicher werden wird.

Die Zuwanderer stammen aus fremden Kulturkreisen und anderen sozialen, religiösen und rechtlichen Systemen. Sie sind der deutschen Sprache nicht mächtig. Zudem gibt es unter den Zuwanderern viele Analphabeten und Menschen mit keinem oder nur einfachem Bildungs- und Ausbildungsstand. Damit ist eine Eingliederung in die europäische und deutsche Gesellschaft und Wirtschaft ganz erheblich erschwert. Das sieht so auch der frühere Leiter des Ifo-Institutes, Prof.

---

<sup>1</sup> UNHCR – UN Flüchtlingskommissar

<sup>2</sup> Weltbank Statistiken

<sup>3</sup> World Population Prospects 2015 Revision, United Nations Population Division

Hans-Werner Sinn, und prognostiziert, dass die Zuwanderer den Staat gigantische Summen kosten werden<sup>4</sup>.

Offizielle Zahlen zu den Gesamtkosten dieser Zuwanderungswelle sind kaum verfügbar. Aus Sicht von Bundesfinanzminister Schäuble belaufen sich die Kosten auf 43 Mrd. Euro allein für 2016 und 2017<sup>5</sup>. Nach Schätzungen des Freiburgers Finanzwissenschaftlers Prof. Bernd Raffelhüschen liegen die Kosten pro Jahr für 1 Million Flüchtlingen bei 75 Mrd. Euro<sup>6</sup>. Das wären bei der gegenwärtigen Zahl von ca. 1,5 Millionen Asylbewerbern Kosten in Höhe von 112,5 Mrd. Euro pro Jahr<sup>7</sup>.

Diese enormen Mittel könnten wirkungsvoller in anderer Weise eingesetzt werden als zur Alimentierung der Zuwanderer. Dazu gehören vor allem zwei Maßnahmen:

- Beitrag zur Befriedung von Krisengebieten und
- Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik auf wohlstandssteigernde Leuchtturmprojekte.

## **2. Lösungsansatz**

### ***a) Beitrag Deutschlands zur Befriedung von Krisengebieten***

Um den Zustrom von Migranten zu verringern oder zu stoppen, liegt es im ureigensten Interesse Deutschlands, dass die Situation im Nahen und Mittleren Osten sowie in einigen Gebieten Afrikas nachhaltig entschärft wird. Mit dem politischen und wirtschaftlichen Gewicht der Bundesrepublik sollte Einfluss auf die Konfliktlösung und Befriedung der an Europa angrenzenden Regionen genommen werden.

Deutschland soll vorzugsweise mit diplomatischen Mitteln zur Krisenprävention und friedlichen Lösung von Konflikten beitragen, in Abstimmung mit unseren Bündnispartnern. Dies gilt insbesondere gegenüber Staaten und nichtstaatlichen Akteuren, welche durch ihr Wirken Konflikte befördern oder verursachen.

Soweit sich militärisch unterstützte Schutzmaßnahmen als notwendig erweisen, sollten diese nur unter einem Mandat der Vereinten Nationen erfolgen. Eine deutsche Beteiligung hieran wäre von Fall zu Fall zu entscheiden. Eine längerfristige deutsche Präsenz in der befriedeten Region ist zu vermeiden.

Bis zur Befriedung dieser Regionen muss Deutschland die Flüchtlingslager in der Nachbarschaft der Krisenregionen unterstützen, so dass die betroffenen Menschen in der Nähe ihrer Heimatländer bleiben können. Deutschland ist bereits jetzt der drittgrößte Geber des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), das in der Regel diese Lager errichtet und versorgt. Eine Erhöhung

---

<sup>4</sup> Focus vom 2.03.2017

<sup>5</sup> Der Tagesspiegel vom 27.01.2017

<sup>6</sup> EpochTimes vom 8.11.2016

<sup>7</sup>  $75 \times 1,5 = 112,5$

des deutschen Beitrags an das UNHCR wäre sehr viel wirkungsvoller als wenn der gleiche Betrag in der deutschen Asylpolitik ausgegeben würde.

Es ist mehr als 130-mal teurer, einen Zuwanderer in Europa zu versorgen als nahe oder in seiner Heimatregion<sup>8</sup>. Statt der 1,5 Millionen Asylbewerber in Deutschland hätten in den Heimatregionen mit den gleichen finanziellen Mitteln etwa 200 Millionen Menschen unterstützt werden können.

Nach der Befriedung der Krisenländer und Regionen muss sich Deutschland massiv an deren Wiederaufbau beteiligen, das heißt, Deutschland muss zusammen mit anderen Ländern und der internationalen Gemeinschaft einen Generalplan für diese Regionen erstellen, finanzieren und umsetzen. Eine solche strukturierte Aufbauhilfe schafft erst die Voraussetzung für die Rückkehr der aus den Krisengebieten nach Deutschland Ausgewanderten. Der Generalplan zum Wiederaufbau muss mit einem verbindlichen Repatriierungsplan der in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus der betreffenden Region gekoppelt sein.

Die finanziellen Mittel für Befriedungsaktionen stehen bereit, wenn man entsprechende Beträge von der Flüchtlingsunterstützung abzweigt, zumal sich durch Befriedungsaktionen der Flüchtlingszustrom abflacht. Die zuvor für die Versorgung der Zuwanderer aufgewendeten Mittel können nun wirkungsvoller für den Wiederaufbau der Krisengebiete verwendet werden.

### ***b) Effektivere deutsche Entwicklungspolitik zur Bekämpfung der Migrationsursachen***

Die deutsche Entwicklungspolitik muss zur Bekämpfung der Auswanderungsursachen viel effektiver eingesetzt werden. Das betrifft vor allem Afrika. Wenn es nicht gelingt, die wirtschaftliche Situation in Afrika nachhaltig zu verbessern, wird die exponentielle Bevölkerungszunahme in Afrika unweigerlich zu einem Migrationsstrom in andere Kontinente und besonders in das benachbarte Europa führen. So stauen sich an den Küsten Nordafrikas bereits jetzt 6,6 Millionen Ausreisewillige<sup>9</sup>.

Nahezu alle der ärmsten Länder der Welt (least developed countries) befinden sich in Afrika. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den afrikanischen Ländern generell niedrig aber auch sehr verschieden und lag 2013/2015 in Somalia bei 150 \$, in Südafrika bei 5.727 \$ und auf den Seychellen bei 14.760 \$ (zum Vergleich Deutschland 2016: 41.936 \$)<sup>10</sup>. Auch die klimatischen Verhältnisse und das Vorhandensein von landwirtschaftlichen und mineralischen Ressourcen sind in Afrika sehr unterschiedlich. Ein fortwährendes Problem ist in fast allen afrikanischen Ländern der hohe Korruptionsgrad, der die Entwicklung stark behindert. In einigen afrikanischen Gebieten schwelen zudem Grenzkonflikte (z. B. Demokratische Republik Kongo; Uganda) oder es herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände (z.B. Süd Sudan; Somalia).

Stellt man die enormen Ausgaben für die Unterstützung der Zuwanderer in Deutschland dem Etat des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegenüber, so zeigt sich der völlig verfehlte Mitteleinsatz der jetzigen Bundesregierung. Der Haushalt des BMZ

---

<sup>8</sup> Die Welt vom 12.06. 2017

<sup>9</sup> Die Welt vom 23.05. 2017

<sup>10</sup> Statistisches Bundesamt

beläuft sich im Jahre 2017 auf 8,54 Mrd. Euro<sup>11</sup>. Wir zahlen jedoch für die Flüchtlingsvorsorge das Fünffache des Entwicklungshilfshaushalts (43 Mrd. Euro laut Bundesfinanzminister Schäuble) beziehungsweise das Dreizehnfache des Entwicklungshilfshaushalts, nach den Berechnungen von Prof. Raffelhüschen (Alimentierungskosten der Zuwanderer in Höhe von 112,5 Mrd. Euro).

Diese Mittel wären besser für sich selbst tragende Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern der Dritten Welt eingesetzt worden. Nur durch eine Verlagerung der Mittel hin zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt, vor allem in Afrika, kann man den Ursachen der Migrationsströme wirksam begegnen.

Die Aktivitäten des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der ihm unterstehenden Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) entsprechen nicht den Herausforderungen der Bekämpfung der Flüchtlingsursachen. Die Tätigkeiten sind geographisch zerstreut und themenmäßig zersplittert. Im Jahr 2016 war das BMZ in 50 Partnerländern tätig<sup>12</sup>. Wenn auch punktuelle und temporäre Fortschritte bei einzelnen Entwicklungsvorhaben erzielt worden sind, so ist man von einem großen Entwicklungssprung in Afrika weit entfernt. Der von Entwicklungsminister Müller vorgelegte „Marshall-Plan mit Afrika“ hält an dem Konzept der vielen zerstreuten Initiativen fest nach dem Motto: „wer vieles bringt wird manchem etwas bringen“<sup>13</sup>. Zudem ist die Koordinierung der deutschen Vorhaben mit denen anderer Geber verbesserungsfähig.

Auf der Ebene der Europäischen Union wird im November 2017 in Abidjan, Elfenbeinküste, das Nachfolgeabkommen des Cotonou-Abkommens (Entwicklungsabkommen zwischen der EU und den früheren Kolonien der EU-Staaten) finalisiert werden. Ob dies eine abschwächende Wirkung auf die Migrationsströme aus Afrika haben wird, ist völlig offen.

Erforderlich ist dagegen ein integrierter Ansatz der Wohlstandssteigerung in Afrika und einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung. So werden reale wirtschaftliche Perspektiven für die ansteigende Bevölkerung aufgezeigt. Dies sind die Ziele der Leuchtturmprojekte. Die Anreize zur Ausreise nach Europa werden dadurch deutlich vermindert. Bereits bei sich verringernden Unterschieden im Wohlstandsniveau kommen Faktoren zum Tragen – wie die vertraute Umgebung, Klima, Kultur, Sprache und Verwandtschaft – die ein Verlassen der Heimatregion weniger attraktiv machen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass denjenigen Entwicklungsländern der Anschluss an die moderne wirtschaftliche Entwicklung gelungen ist, die dies hauptsächlich aus eigener Kraft erreicht haben. Typische Beispiele sind Japan (bereits vor 1900), Süd-Korea, Taiwan und Singapur (nach 1945) sowie in der Gegenwart die Volksrepublik China. Daher legt die AfD den Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit auf die „Hilfe zur Selbsthilfe“.

---

<sup>11</sup> Quelle: BMZ

<sup>12</sup> Quelle: BMZ

<sup>13</sup> Goethe, Prolog zu Faust I

Die humanitäre Hilfe ist nach Auffassung der AfD am effektivsten bei den verschiedenen Nicht-Regierungsorganisationen und den entsprechenden Organisationen der Vereinten Nationen aufgehoben.

Um der sozio-ökonomischen Entwicklung des afrikanischen Kontinents einen Anstoß zu geben, schlägt die AfD die Schaffung von einigen wenigen Leuchtturmprojekten vor. Ziel der Leuchtturmprojekte ist es zu zeigen, wie eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich gestaltet werden kann. Es soll eine Arbeitsplätze schaffende Wachstumsstrategie verfolgt werden. Diese Leuchtturmprojekte stellen jeweils ein Gesamtkonzept dar und bündeln mehrere zusammenhängende Komponenten und deren Entwicklungsmaßnahmen. Dazu zählen:

- Förderung des wirtschaftlichen Potentials und Nutzung der natürlichen Ressourcen dieser Länder, vor allem in der Landwirtschaft (Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung);
- Investitionen in Schulbildung; in die handwerkliche, technische und kaufmännische Ausbildung vor Ort; in die elementare Gesundheitsvorsorge; und in die Aufklärung zur Geburtenkontrolle;
- Aufbau industrieller Strukturen gemäß den jeweiligen komparativen Vorteilen;
- weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten;
- Förderung des Bank- und Kreditwesens;
- Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen in allen Bereichen;
- Förderung der wirtschaftlichen Eigeninitiative;
- Investitionen in Infrastrukturvorhaben mit hohem volkswirtschaftlichem Nutzen;
- Aufbau und Ausgestaltung der notwendigen Institutionen;
- Entwicklung regulatorischer Rahmenbedingungen;
- Einbeziehung in das internationale, arbeitsteilige Handelssystem mit Erleichterung der Ausfuhren der Entwicklungsländer in die Industrieländer und einem zeitlich begrenzten Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung;
- Unterbindung von Korruption und Korruptionsmentalität;
- strikte Mittelverwendungs- und Ergebniskontrolle.

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen werden hierbei berücksichtigt.

Afrika mit seinen 55 Staaten ist ein großer Kontinent mit sehr unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Regionen. Die Leuchtturmprojekte sollen diese Bedingungen widerspiegeln und jeweils in Regionen mit geringem, mittlerem und fortgeschrittenem Entwicklungsstand umgesetzt werden. Es kommen auch Projekte in Betracht, die mehrere Länder einer Region umfassen, etwa im Infrastrukturbereich. Dabei müssen die historisch gewachsenen Strukturen sowie die ethnischen, stammesmäßigen und religiösen Bindungen und Gegensätze berücksichtigt werden.

Die Auswahl der Länder, in denen die Leuchtturmprojekte umgesetzt werden, erfolgt im Dialog mit den Regierungen der interessierten Länder. Die Interessenbekundung der Länder ist wichtig, da ein Selbstinteresse (ownership) an den Entwicklungsmaßnahmen eine Voraussetzung für deren

Erfolg ist (Hilfe zur Selbsthilfe). In den betreffenden Ländern und Regionen sollten einigermaßen stabile und demokratische Verhältnisse herrschen. Die Aufnahmefähigkeit (absorption capacity) für eine umfassende Entwicklungsmaßnahme muss gegeben sein. Es wird auch eine Rolle spielen, mit welchen afrikanischen Staaten Deutschland bislang intensiv zusammengearbeitet hat.

Die Laufzeit der Leuchtturmprojekte wird mit zehn Jahren in zwei Phasen von je 5 Jahren veranschlagt. Der Fortschritt der Projekte wird anhand von Indikatoren fortlaufend beobachtet und Zwischenergebnisse alle 2,5 Jahre bewertet (evaluiert), um gegebenenfalls sich als notwendig erweisende Anpassungen der Projekte vorzunehmen.

Den Projekten wird die Erstellung eines Masterplans zur sozio-ökonomischen Entwicklung vorausgehen, unter Beteiligung der jeweiligen Regierungen (nationale Entwicklungspläne) und Konsultierung der einschlägigen internationalen Organisationen wie der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der United Nations Economic Commission for Africa und anderen. Dies ist wichtig, weil die Leuchtturmprojekte ein Gesamtkonzept darstellen und nicht punktuell ansetzen. Gleichwohl können punktuell ausgerichteten Projekte des BMZ und anderer Institutionen separat fortgeführt werden und das Konzept der Leuchtturmprojekte unterstützen.

Nach dem Masterplan erfolgt die detaillierte Ausgestaltung der jeweiligen Leuchtturmprojekte situationsgerecht unter Einbeziehung der beteiligten Länder und von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Hierbei wird eine Abstimmung, gegebenenfalls Kooperation, mit anderen nationalen und internationalen Gebern erfolgen. Das schließt Gespräche über die finanzielle Beteiligung Dritter an den Projektkosten ein.

Der finanzielle Rahmen der Leuchtturmprojekte wird wegen ihres breiten Ansatzes erheblich größer sein als der der jetzigen BMZ-Projekte. Wenn es möglich ist, ohne klare Haushaltsansätze ca. 43 Mrd. Euro bzw. 112,5 Mrd. Euro für die Versorgung der Zuwanderer bereitzustellen, so sollte es auch möglich sein, Mittel in der notwendigen Größenordnung für die unabwendbaren Aufgaben der Bekämpfung der Fluchtursachen aufzubringen. Dies gilt umso mehr, als in den Projektländern eingesetzte Mittel einen höheren Wirkungsgrad (Multiplikatoreffekt) haben werden als die Aufwendungen für Zuwanderer in Deutschland. Die Finanzmittel können, bei abnehmenden Flüchtlingszahlen, von der Flüchtlingshilfe auf die Leuchtturmprojekte umgeschichtet werden.

### **3. Forderungen**

Mehr Mittel, Mehr Wachstumsorientierung, mehr Kooperation mit den Partnern - AfD fordert einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik

#### **1. Anteilige Umschichtung der bereitgestellten Mittel für von Merkels „Flüchtlingspolitik“ in die Entwicklungspolitik**

- Stellt man die enormen Ausgaben für die Unterstützung der Zuwanderer in Deutschland dem Etat des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegenüber, so zeigt sich der völlig verfehlte Mitteleinsatz der jetzigen Bundesregierung. Der Haushalt des BMZ beläuft sich im Jahre 2017 auf 8,54 Mrd. Euro. Wir zahlen jedoch für die Flüchtlingsvorsorge das Fünffache des Entwicklungshilfehaushalts (43 Mrd. Euro laut Bundesfinanzminister Schäuble) beziehungsweise das Dreizehnfache des Entwicklungshilfehaushalts, nach den Berechnungen von Prof. Raffelhüschen (Alimentierungskosten der Zuwanderer in Höhe von 112,5 Mrd. Euro).
- Diese Mittel wären besser für sich selbst tragende Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern der Dritten Welt eingesetzt worden. Nur durch eine Verlagerung der Mittel hin zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt, vor allem in Afrika, kann man den Ursachen der Migrationsströme wirksam begegnen.

## **2. Vom Marshallplan mit Afrika hin zu einem Integrierten Ansatz – Entwicklungspolitik fokussieren auf Wachstumspolitik**

- Die Aktivitäten des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der ihm unterstehenden Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) entsprechen nicht den Herausforderungen der Bekämpfung der Flüchtlingsursachen. Die Tätigkeiten sind geographisch zerstreut und themenmäßig zersplittert. Im Jahr 2016 war das BMZ in 50 Partnerländern tätig<sup>14</sup>. Wenn auch punktuelle und temporäre Fortschritte bei einzelnen Entwicklungsvorhaben erzielt worden sind, so ist man von einem großen Entwicklungssprung in Afrika weit entfernt. Der von Entwicklungsminister Müller vorgelegte „Marshall-Plan mit Afrika“ hält an dem Konzept der vielen zerstreuten Initiativen fest nach dem Motto: „wer vieles bringt wird manchem etwas bringen“<sup>15</sup>.
- Erforderlich ist dagegen ein integrierter Ansatz der Wohlstandssteigerung in Afrika und einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung. So werden reale wirtschaftliche Perspektiven für die ansteigende Bevölkerung aufgezeigt. Dies sind die Ziele der Leuchtturmprojekte.

## **3. Entwicklungsanstoß durch Leuchtturmprojekte**

- Um der sozio-ökonomischen Entwicklung des afrikanischen Kontinents einen Anstoß zu geben, schlägt die AfD die Schaffung von einigen wenigen Leuchtturmprojekten vor. Ziel der Leuchtturmprojekte ist es zu zeigen, wie eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich gestaltet werden kann. Es soll eine Arbeitsplätze schaffende Wachstumsstrategie verfolgt werden.
- Der finanzielle Rahmen der Leuchtturmprojekte wird wegen ihres breiten Ansatzes erheblich größer sein als der der jetzigen BMZ-Projekte. Wenn es möglich ist, ohne klare Haushaltsansätze ca. 43 Mrd. Euro bzw. 112,5 Mrd. Euro für die Versorgung der

---

<sup>14</sup> Quelle: BMZ

<sup>15</sup> Goethe, Prolog zu Faust I

Zuwanderer bereitzustellen, so sollte es auch möglich sein, Mittel in der notwendigen Größenordnung für die unabwendbaren Aufgaben der Bekämpfung der Fluchtursachen aufzubringen.

- Diese Leuchtturmprojekte stellen jeweils ein Gesamtkonzept dar und bündeln mehrere zusammenhängende Komponenten und deren Entwicklungsmaßnahmen. Dazu zählen:
  - Förderung des wirtschaftlichen Potentials und Nutzung der natürlichen Ressourcen dieser Länder, vor allem in der Landwirtschaft (Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung);
  - Investitionen in Schulbildung; in die handwerkliche, technische und kaufmännische Ausbildung vor Ort; in die elementare Gesundheitsvorsorge; und in die Aufklärung zur Geburtenkontrolle;
  - Aufbau industrieller Strukturen gemäß den jeweiligen komparativen Vorteilen;
  - weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten;
  - Förderung des Bank- und Kreditwesens;
  - Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen in allen Bereichen;
  - Förderung der wirtschaftlichen Eigeninitiative;
  - Investitionen in Infrastrukturvorhaben mit hohem volkswirtschaftlichem Nutzen;
  - Einbeziehung in das internationale, arbeitsteilige Handelssystem mit Erleichterung der Ausfuhren der Entwicklungsländer in die Industrieländer und einem zeitlich begrenzten Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung;
  - Unterbindung von Korruption und Korruptionsmentalität;
  - strikte Mittelverwendungs- und Ergebniskontrolle
- Die Leuchtturmprojekte sollen einen Entwicklungsanstoß vor allem in Afrika schaffen und auch andere Geberländer und internationale Organisationen veranlassen, ähnliche Maßnahmen durchzuführen.

#### **4. Vergabe von zukünftigen Entwicklungsprojekten nur noch in Abhängigkeit von Förderung der Bereitschaft, abgelehnte Asylbewerber aus Deutschland zurückzunehmen.**

- Alternativ könnte die Vergabe von Entwicklungsprojekten könnte ferner zweckgebunden für den Aufbau von Asyl- und Schutzzentren erfolgen